

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M., für Auswärts 0,40 R.-M. Die Anzeigenzeile im Anschluss an reaktionellen Text 29 mm breit kostet 2 R.-M., für Auswärts 2,50 R.-M. - Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewässer nicht abgenommen werden.

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch 2,00 R.-M. wöchentlich. Bei Postbestellung 2,50 R.-M. wöchentlich. Preis für den Monat 7,00 R.-M. einschließlich 0,45 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühren). Anzeigenabteilungen: Für die Woche 1,00 R.-M. Einzelnummer 10 R.-M., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-M.

Redaktion, Verlag und Druckerei: Dresden-K., Ferdinandstr. 4 • Fernruf: für den Ortsverkehr Sammelnummer 24601, für den Fernverkehr 14194, 20024, 27951-27953 • Telegr.: Neueste Dresden • Postbez.: Dresden 2060 Nichtverlangte Einlieferungen ohne Rückporto werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben unsere Leserschaft keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstellung des entsprechenden Betrages.

Nr. 153

Sonntag, 2. Juli 1932

40. Jahrgang

Keine endgültige Entscheidung in Lausanne zu erwarten

Vertagung nach deutscher Ansicht besser als unbefriedigende Teillösung - Verabschiedung des neuen sächsischen Baugesetzes

Starker Druck auf Deutschland

Die Entscheidung auf der Konferenz von Lausanne wird in dieser Woche nicht mehr fallen. Herrriot ist gestern Abend nach Paris abgereist; er wird am Sonntag für einige Stunden nach Lausanne zurückkehren, aber in der Nacht zum Sonntag wieder nach Paris fahren, um an der Besetzung Brindis in Cosseret teilzunehmen. Auch Herr v. Papen wird über das Wochenende in Berlin sein. MacDonald behauptet, er müsse unbedingt spätestens am Dienstag in London eintreffen. Man nimmt an, daß die Schlußklärung der Konferenz an einem der ersten Tage der nächsten Woche stattfinden wird.

Die letzten Verhandlungen sind ergebnislos geblieben. Die Situation ist völlig unklar. Die Berichte widersprechen teilweise einander diametral. Alle maßgeblichen Äußerungen und Äußerungen werden verbreitet. Der wichtigste Punkt ist, daß die deutsche Delegation nochmals mitteilen läßt, daß sie keinerlei Anbiederung gemacht hat. Deutschland hat gestern den ganzen Tag unter stärkstem Druck gestanden und hat sich verweigert gegen eine Einheitsfront der ehemaligen Gläubigerkräfte zu kämpfen, der sich auch Italien anschließt.

MacDonald legte seine Bemühungen, eine Kompromißformel zu finden, fort, da er unter allen Um-

ständen mit einem Erfolg nach Hause zurückkehren möchte. Eine der Kompromißformeln sah - wenn man französischen Nachrichten folgen will - eine Zahlung von 7 Milliarden Mark vor, falls Amerika keine Streichung der Schulden zulassen sollte. Rame ein Schuldenmaßstab für die ehemaligen Gläubigerzustände, so sollte die deutsche Zahlung 2 Milliarden Mark betragen. Diese Zahlung sollte nicht als Reparationszahlung, sondern als deutscher Beitrag zum Wiederaufbau bezeichnet werden. Nicht klar ist, ob diese Zahlung von 2 Milliarden Mark bedingungslos zu erfolgen, oder ob sie an einen sogenannten „Bestandsschein“ gebunden sein sollte, d. h. nur dann zu erfolgen hätte, wenn gewisse wirtschaftliche Voraussetzungen (z. B. Parität der Tauxe- und Pausenleistungen an den internationalen Börsen) eingetreten sind. Die deutsche Delegation hat keinerlei Pläne geäußert, immer wieder als unannehmbar bezeichnet und in Vereinbarung mit der Ansicht führender englischer Blätter, wie A. B. den „Financial Times“, darauf hingewiesen, daß in solchen Fällen keinesfalls die endgültige Entscheidung erbracht werden könne, sondern daß durch die Fortsetzung der Unsicherheit geradezu katastrophale Auswirkungen zu erwarten seien.

Papen wieder bei MacDonald

Telegramm untes. nach Lausanne entfallenden Sonderkorrespondenten

Lausanne, 1. Juli
Bevor die für 11 Uhr anberaumte Sitzung des Finanzkomitees der Lausanner Reparationskonferenz begann, um die Durcharbeitung eines Gläubigervorschlags an Deutschland fertigzustellen, machten der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister einen Besuch bei dem englischen Ministerpräsidenten Stanley MacDonald. Die Besprechung dauerte eine Stunde. In Kreisen der deutschen Delegation erklärte man, auch diese Aussprache, die einen sehr freundschaftlichen Charakter trug, habe zur Förderung der Verhandlungen nichts Wesentliches beigetragen. Es sei nicht möglich, daß sich die letzte deutsche Regierung auf irgendwelche Äußerungen der Reichsfinanzminister verlassen könne. Im günstigsten Falle werde man diesmal an einem Abkommen rein alsbaldiger Natur gelangen. Die deutsche Delegation vertritt jetzt nachdrücklich den Vertragsgedanken mit dem Hinweis darauf, daß keiner der Konferenzteilnehmer an einem unbefriedigenden Teilergebnis der Lausanner Konferenz die Schuld trage. Die Franzosen legen ihre Stimmungsmache, Deutschland wolle die Verhandlung verzögern, nach allen Regeln der Kunst fort. Mit dem Ende der Konferenz wird frühestens für Montag, spätestens für nächsten Mittwoch gerechnet.

Keine Veränderung der Lage

Eine offiziöse deutsche Erklärung

WTB. Lausanne, 1. Juli. (Durch Funkgespräch). Der äußere Verlauf der Dinge am heutigen Sonntag ergab nach dem Besuch des Reichskanzlers und des Reichsfinanzministers bei MacDonald, der eine vertrauensvolle und ausführliche Aussprache brachte, eine Sitzung des Büros, an der Graf Schwerin-Krosigk kurze Zeit teilnahm. Eine Veränderung in dem Sinne, daß handgreifliche neue Vorschläge der Gegenseite vorgelegt worden wären, hat sich bisher nicht gezeigt.

Neben der Frage des allernächsten Betrages, den Deutschland für den Fonds commun bei der W.B.L. leisten sollte, und über dessen Höhe gestern in den letzten Abendstunden von französischen Seite in vager Form Zahlen von 4 bis 6 Milliarden genannt wurden, gehen die Ansprachen auf die Übernahme einer Reihe von Verpflichtungen, die der Einheitsfront halber und gegenüber als „feldverwandlich“ bezeichnet werden: Nachzahlung der Beiträge aus dem Marktabkommen mit Belgien aus.

Das kommt die Hauptkomplexität in Gestalt der amerikanischen Eventualansprüche, falls die Vereinigten Staaten sich verpflichten, das heißt nach der Präsidentenwahl, ein „entsprechendes“ Entgelt zu zahlen wegen der interalliierten Schulden abgeben sollten. Für diesen Fall, wenigstens nach den bisherigen Vorstellungen der Gegenseite, scheint das ganze Abkommen, das aus vorgezogen wird, gewissermaßen

in der Luft hängen zu sollen und neu ausgetrollt zu werden, das heißt, wenn es zutrifft und annehmbar bleibt, ein Annehmen, das schon deshalb ganz untragbar wäre, weil damit der Zweck der Konferenz, die endgültige Regelung der Reparationsfrage und ihre wirtschaftliche Zurechtweisung, vereitelt wäre. Ein klarer Gedankengang auf der Gegenseite, der einen Ausweg aus dieser Sackgasse schaffen könnte, scheint auch jetzt noch nicht vorzuliegen.

Wieder eine „neue Formel“

Telegramm untes. nach Lausanne entfallenden Sonderkorrespondenten

Lausanne, 1. Juli
In der heutigen Unterredung des englischen Ministerpräsidenten mit dem Kanzler und Reichsfinanzminister wird auch noch von englischer Seite mitgeteilt, daß der Reichskanzler vor allem auf die Unsicherheitsfaktoren in den gestern nach der deutschen Delegation ausgegangenen Vorschläge hingewiesen und auf die Schwierigkeiten, den Vorschlag zu einer Verhandlungsgrundlage zu machen. Die Gläubigerkräfte beschuldigten sich heute vorzeitig auf einer Verhandlungsgrundlage zu machen. Die deutsche Delegation hat heute zugesagt, daß bei der französischen Delegation zeigt sich große Zufriedenheit darüber, daß jetzt ein Zusammenwirken Englands und Frankreichs in Lausanne zustande gekommen ist. Man bezeichnet Herrriot als den großen Stützmann, der Frankreich aus seiner isolierten Stellung in Lausanne herausgeholt und mit England angeknüpft habe. Bei den Engländern wird nach wie vor betont, MacDonald wolle unbedingt die Konferenz zu einem vollen Ergebnis führen, doch weder bei den Franzosen noch bei den Deutschen hält man diesen Ausgang der Besprechungen für möglich. Weiter ist man der Ansicht, daß es während zur allgemeinen Regelung kommen wird, in der wobei die Äußerungen der Modalitäten einer Schlußabklärung enthalten sind. Interessant und wichtig ist in diesem Zusammenhang die aus Washington kommende Nachricht, daß die amerikanische Regierung eine völlige Streichung der deutschen Reparationen noch nicht für „opportun“ erachte.

Herrriot erklärte vor seiner Abreise, daß der französische Botschafter in Washington über den Standpunkt der amerikanischen Regierung ausgiebig informiert wurde. Amerika glaube eine vollkommene Entlastung Deutschlands von den Reparationsverpflichtungen aus „rein wirtschaftlichen“ Gründen noch nicht empfehlen zu können (1), um so weniger, als die Frage einer Streichung der interalliierten Schulden erst in einer noch nicht zu bestimmenden Zukunft erörtert werden könne. Herrriot fügte sich auf diese ihm ausgegangenen Berichte des französischen Botschafters in Washington, um seine Haltung in Lausanne zu rechtfertigen. Auch in seinem Gespräch mit dem Reichskanzler wurde von dem englischen Ministerpräsidenten auf den amerikanischen Standpunkt hingewiesen und auf die daraus sich ergebende Unmöglichkeit, die amerikanischen Ansprüche

England senkt die Zinsen seiner Kriegsanleihe

Keine Zwangskonversion - Parabolisierung angeboten

Telegramm untes. Sonderkorrespondenten

RF. London, 1. Juli
Nachdem die Bank von England gestern Nachmittag ihren Diskontsatz von 2½ auf 2 Prozent - den niedrigsten seit 33 Jahren - senkte, erklärte Schatzkanzler Neville Chamberlain im Unterhaus, daß die Regierung beabsichtige,

den Zinssatz der 5prozentigen Kriegsanleihe ab 1. Juni 1933 auf 3½ Prozent herabzusetzen.

Wenn in den englischen Kommentaren kein Mißton laut wird, so liegt das nicht zuletzt daran, daß die Regierung jeden Anstoß einer Zwangskonversion vermeidet. Das Schatzamt hat bereits gestern Abend durch eine Sonderabgabe der „London Gazette“ die Ansicht der Regierung, die gesamte 5prozentige Kriegsanleihe in Höhe von etwa 2 Milliarden Pfund am 1. Dezember zu pari einzulösen, bekanntgegeben. Die Inhaber werden gleichzeitig aufgefordert, die Anteile zu dem am gleichen Datum ab fällig ermäßigten Zinssatz von 2½ Prozent zu begeben. Wenn der Bank von England, insbesondere am 31. Juli von dieser Ansicht Mitteilung machen, erhalten sie einen Bonus von 1 Prozent ihres zu konvertierenden Anteilsbetrages, zahlbar binnen 14 Tagen

vom Datum ihrer Zustimmung ab. Inhaber, die Bar-einlösung zum 1. Dezember vorziehen, müssen spätestens am 30. September die Bank von England benachrichtigen. Wer die Benachrichtigung unterläßt, wird als konvertierungswillig angesehen. Die Konversion der 5prozentigen englischen Kriegsanleihe wird

die größte je durchgeführte Operation ihrer Art

sein. Die jährliche Zinsersparnis beträgt 30 Millionen Pfund. Der Ausfall an Einkommenssteuer, den die Zinsermäßigung nach sich zieht, wird auf jährlich 7 Millionen Pfund geschätzt, so daß die Nettoersparnis bei 23 Millionen Pfund beläuft. Die Vorbereitung der Maßnahme ist seit vielen Wochen im Gange gewesen, doch hat die Notwendigkeit der Geheimhaltung u. a. verhindert, daß die erforderlichen Trübsachen zur Benachrichtigung der Kasseninhaber hergestelt und versandt werden konnten. Infolgedessen hat die Regierung und die Bank von England jetzt die Aufgabe, bis heute Abend, also binnen 24 Stunden, 15 Millionen Formulare zu drucken und sie in nahezu drei Millionen Briefumschlägen durch die Post zu verschicken. Dazu kommen über eine Million Briefe mit ergänzenden Mitteilungen für besondere Fälle.

bei den Lausanner Verhandlungen auszuhalten. Aus dem Besagten ergibt sich, wie ungewohnt schwierig die Situation ist und wie stark der Druck die deutsche Delegation auszuhalten hat.

Was Frankreich sagt

Telegramm untes. Sonderkorrespondenten

Paris, 1. Juli
Das Stimmungsbild der französischen Zeitungs-korrespondenten in Lausanne liegt heute wieder einmal auf Schlichtem. Der deutsche Delegation wird vorgeworfen, sie wolle Zeit gewinnen und sich dabei die Verhandlungen absichtlich in die Länge ziehen. Deutschland nimmt zwar die Zahlung einer pan-schalen Abschlußsumme an, läßt aber trotzdem seine Politik des freilichens fortsetzen, überdies durch die „Matin“ seinen Bericht, der „Veit Parisien“ ist erregt darüber, daß die Deutschen wieder ihre alten Gegenforderungen und Bedingungen für die Schlussabklärung vorbringen. Dem „Echo de Paris“ bedeutet das gemeinsame Verhandlungsstudium nichts anderes als den „Todeskampf der Konferenz“. Die übrigen Blätter werfen die Frage auf, ob Deutschland nicht absichtlich an einer Vertagung der Konferenz hinarbeitet.

Eine Ansicht der deutschen Delegation nahe-liegende Verleumdung hat dem „Veit Parisien“ erklärt, Frankreich und Deutschland verhandeln auf zwei benachbarten Ufern, die parallel laufen, aber sich niemals treffen“. Frankreich setze hinsichtlich seiner Forderungen an Deutschland eine „gewisse Liberalität“, Deutschland solle den Beweis guten Willens erbringen, aber die von den Franzosen verlangten Schlußabklärungen der Reparationen seien für Deutschland unannehmbar. Der „Veit Parisien“ glaubt, daß der kategorische Austritt der Berliner Stellen, Reichskanzler und Außenminister müßten die endgültige Veregelung Deutschlands von den Finanzverpflichtungen des Berliner Vertrages mit nach Hause bringen, die Bewegungskraft der deutschen Unterhändler hemme.

England immer noch optimistisch

London, 1. Juli

Die Korrespondenten der englischen Morgen-blätter in Lausanne beurteilen die Lage trotz der deutschen Schwierigkeiten nicht unangenehm. Der „Times“-Vertreter stellt fest, daß gestern unwillkürlich in verschiedenen Richtungen ein Fortschritt erzielt wurde. Die Ansichten der französischen und der deutschen Delegation seien einander so angenähert worden, daß es absurd wäre, wenn die Konferenz ohne praktische Entscheidung abgebrochen oder in veränderten Form und untergeordnet Zeit vertagt werde. Die „Financial Times“ sagt in einem Artikel: Die Franzosen haben 7 Milliarden Mark als Abschlußzahlung verlangt, eine Summe, deren Unsicherheit sich aus der Tatsache ergibt, daß sie nicht viel

weniger ausmachen dürfte als die Hälfte der Kapitalsumme des Dawesplans. Die Franzosen haben aber auch eine Sicherungsforderung gestellt, wonach die deutsche Leistung erhöht werden soll, wenn Amerika auf Fortsetzung der französischen Schuldentilgungen besteht. Es darf angenommen werden, daß die britische Delegation diese Forderung, die aus mehreren Gründen nicht angebracht ist, nicht unterliegt hat. Etwas könnte eine derartige Vereinbarung nicht als endgültig und abschließend betrachtet werden, und zweitens ist kaum anzunehmen, daß sie mit dem von der Konferenz einschließlich der französischen Delegation angenommenen Grundgedanken übereinstimmt, daß die Regelung geeignet sein muß, daß internationale Verträge wiederherzustellen. Die Erlösung ist als ein Schritt zu betrachten, wie ein internationaler Transfer von Geld, der unter gewissen Umständen eintritt wird. Das Schlußwort aber ist, daß diese Sicherungsforderung eigentlich weiter den Namen „Verzögerungsforderung“ verdient, die geeignet ist, die Vereitelung zu reizen. Die letzte Aussicht auf günstige Aufnahme eines europäischen Restschuldengeldes an Amerika wäre bis zur Klärung aller europäischen Zahlungen. Eine abschließende deutsche Zahlung verzögert sich durchaus mit einer solchen Klärung. Aber wenn Lausanne ein Erfolg sein soll, dann darf eine dahingehende Zusage Deutschlands nicht mit einem Neuwert von Einschränkungen und Bedingungen und Voraussetzungen umgeben werden.

125 Millionen Überbrückungskredit

B. Berlin, 1. Juli. (Via Drahtbericht)

Der Reichsfinanzminister hatte bereits bei der Veröffentlichung der letzten finanziellen Fortschritte davon gesprochen, daß es nötig sein werde, zur Überbrückung des Juni-Lückens einen Kredit aufzunehmen. Die inzwischen unter Leitung der Reichsbank geführten Verhandlungen mit dem Reichsbankentwurf des Großbankens haben nunmehr unmittelbar vor dem Abschluß. Es handelt sich um einen 125 Millionen Mark Kredit. Die Vereinbarung wird sich voraussichtlich an dem Donnerstag der Reichsbank annehmen, der zur Zeit 6 Prozent beträgt. Dazu kommt der übliche Provisionsaufschlag. Die Abschaffung soll jedenfalls, und zwar noch bis zum Ende des laufenden Geschäftsjahres, erfolgen.

Die deutschen Vertreter für die Stillhalte-Verhandlungen in London, Rudolf und Helber von der Reichsbank, Geheimrat Rastl, sowie Schlegel und Helber als Vertreter der deutschen Finanzministerie sind abgereist. Es ist bekannt, daß Deutschland die ausländischen Gläubiger für eine Zinsherabsetzung gewinnen will. Nach der „N. D. Z.“ sollen laut dem bisher gezahlten Zinsen von 6 und 7 Prozent nur noch 3 Prozent transferiert werden. Zum Beweis für die Notwendigkeit dieser Maßnahme wird darauf hingewiesen werden, daß Deutschland im letzten Quartal trotz den Stillhaltevereinbarungen auf neue 90 Millionen in Gold und Devisen verloren hat.